

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 41.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 13. Oktober 1911.

Inserationspreis für die viersp. Peltzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1246. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

## Was der Schutz der internationalen Arbeit bewirkte.

Für die kommenden Kämpfe auf wirtschaftspolitischen Gebiet ist unerlässlich, daß die christlichen Gewerkschaftler gegenüber der demagogischen Agitation der Sozialdemokratie Ruhe und Antwort stehen können. Vornehmlich werden sie orientiert sein müssen über die Wirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik für den Arbeiterstand, da gerade hier die sozialdemokratische Agitation einsetzen wird. Wie wenig Berücksichtigung indes vorliegt über die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten acht Jahre den Stab zu brechen, daß geht wie wir der „Sozialen Volksbibliothek“ (Heft 34 Volksvereins-Verlag) entnehmen, vor allem daraus hervor, daß in diesem Zeitraum Industrie und Landwirtschaft ihre Produkte haben so gewaltig steigern können, daß wir, in erfreulichem Gegensatz zu andern Ländern, nicht nur einem um Millionen wachsenden Volke, sondern auch vielen Hunderttausenden von Einwanderern Arbeit und Brot verschaffen konnten.

Die Bevölkerung Deutschlands ist in den letzten 20 Jahren von 44 1/2 auf 65 Millionen Einwohner gestiegen. Unter jährlicher Bevölkerungszunahme beträgt, wie in keinem andern Lande, 900 000 Köpfe. Ehedem zur Auswanderung gezwungen, ist unsere einheimische Produktion fähig geworden, einem schnell wachsenden Volk Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu geben.

Seit 1888 sinkt unsere Auswanderungsziffer ununterbrochen. 1881 waren es 221 000, 1908 nur mehr 20 000 (in andern Ländern, England, Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien geht die Entwicklung den umgekehrten Weg). Der Verlust der deutschen Bevölkerung betrug durch Abwanderung im Jahrzehnt 1881/85 noch 980 000 Personen. Dieser Verlust verwandelte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einen Gewinn von 94 000, im Jahrzehnt 1901/05 in einen Gewinn von 52 000. Dazu kommen noch die Hunderttausende von Saisonarbeitern.

Nur eine unter dem Schutze vor ausländischer Konkurrenz sich gehende beispiellose Entwicklung unserer nationalen Produktion konnte das bewirken.

Unsere Steinkohlenproduktion stieg von 1879 bis 1908 von 42 Millionen Tonnen auf 148 1/2 Millionen, dem Werte nach von 100 Millionen auf 1 1/2 Milliarden Mark. Im selben Verhältnis liegen Menge und Wert der gebörderten Braunkohlen. Die Produktion von Eisenerzen ist von 6 Millionen auf 27 Millionen Tonnen, dem Werte nach von 27 Millionen auf 119 Millionen Mark gestiegen. In der Steinkohlenproduktion steht Deutschland an dritter Stelle unter allen Kulturländern, in der Roheisengewinnung an zweiter Stelle. Darin hat es England längst überflügelt.

Der Außenhandel des Deutschen Reiches hat sich ungeheuerlich entwickelt. Die Gesamtsumme der Ein- und Ausfuhr ist der Menge nach von 32 Millionen Tonnen im Jahre 1879 auf 106 Millionen im Jahre 1908, das ist um 232 Prozent gestiegen. Der Wert der Einfuhr an Rohstoffen für Industriezwecke ist von anderthalb Milliarden im Jahre 1879 auf 4 1/2 Milliarden Mark in den letzten Jahren und der Wert der Ausfuhr solcher Rohstoffe von 850 Millionen auf 1 1/2 Milliarden Mark angewachsen. Die Einfuhr von Fabrikaten hatte 1879 einen Wert von 600 Millionen Mark, 1908 einen solchen von 1 1/4 Milliarden Mark. Der Wert der Ausfuhr von Fabrikaten ist von 1 Milliarde auf über 4 Milliarden gestiegen.

Der deutschen Landwirtschaft ist es gelungen, den Ertrag der wichtigsten Pflanzfrucht (Roggen) im Laufe der letzten 15 Jahre um fast 2 Millionen Tonnen zu steigern. Die Gesamtzunahme der Produktion von Rind- und Kalbfleisch in den letzten 35 Jahren beträgt 62 Prozent, die Steigerung der Schweinefleischproduktion 281 Prozent. In der Zeit von 1870 bis 1905, in der die deutsche Bevölkerung um rund 48 Prozent gewachsen ist, ist die Fleischproduktion der deutschen Landwirtschaft um 55 Prozent pro Kopf der Bevölkerung gestiegen. Wir können heute etwa 87 Prozent des Bedarfs an Roggen (nur der Weizenbedarf muß noch zu einem Drittel vom Auslande gedeckt werden) und etwa 6 Prozent des Bedarfs an Fleisch aus unserer einheimischen Landwirtschaft decken.

Diese Entwicklung brachte Arbeitsgelegenheit und Steigerung des Arbeitseinkommens für die deutsche Arbeiterschaft. Wohl ist unsere Industrie auch in der Zwischenzeit von Absatzrückungen heimgeheftet worden, aber sie waren nicht so tiefgehend und nicht so langandauernd wie früher (nicht zuletzt eine Folge des starken Innenmarktes, das die deutsche Landwirtschaft unserer Industrie bietet). Die Arbeitslosigkeit als dauernde Massenerscheinung kennen wir nicht. England und Amerika sind hier noch viel schlimmer dran. Nach der Statistik der Arbeiterverbände betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen in den Jahren von 1892 bis 1909 in Deutschland: 2,6; 2,4; 1,8; 1,6; 2,6; 4,4; 2,7. In England dagegen: 5,5; 6,7; 7,6; 4,9; 4,9; 6,1; 6,5. Die englische wie die nordamerikanische Industrie sind infolge ihrer Abhängigkeit vom Weltmarkt viel mehr steigenden und fallenden Konjunkturen ausgesetzt; die Produktion geht ruckweise vor sich, d. h. es liegt immer ein Teil der Arbeiterschaft arbeitslos auf der Straße. Und was das Arbeitseinkommen anbelangt, so beweisen uns die Statistiken der gewerkschaftlichen Verbände (vergleiche

„Sisyphusarbeit oder positive Erfolge“) wie private und behördliche Statistiken, es beweisen uns die Entwicklung der orizüblichen Tagelöhne, die Statistik der Invalidenversicherung und schließlich die Einkommensteuerstatistik, daß unsere Arbeiterbevölkerung ihr Lohneinkommen in steigendem Maße verbessern konnte.

Wenn England und Amerika noch bedeutend höher gelohnte Arbeiterschichten aufweisen, so muß dagegen bemerkt werden, daß es sich eben nur um dünne Schichten handelt, denen eine um so größere Anzahl schlechter gelohnter, sogenannter „ungelehrter“ Arbeiter gegenübersteht. In Deutschland kennt man diesen großen Abstand zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern nicht (vgl. Balthasar Weingart, „Die soziale Lage der englischen und der deutschen Arbeiterklasse“, „Sozialistische Monatshefte“ 1911, Heft 7).

Es ist eine billige Redensart, eine haltlose Einwendung, wenn gesagt wird: Ja, diese Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ist trotz unserer Wirtschaftspolitik erreicht worden; sie wäre ohne sie noch größer gewesen. Eine lächerliche Ausflucht. Mit Recht bemerkt selbst der Sozialdemokrat Edmund Fischer im Jahrgang 1907 der „Sozialistischen Monatshefte“ demgegenüber:

„Der große wirtschaftliche Aufschwung, der nach Abschluß der Caprivischen Handelsverträge einsetzte und viele Jahre anhielt, wurde auch von uns — wenigstens in der Agitation — wenn auch nicht ausschließlich, so aber doch zum Teil auf das Konto der Caprivischen Handelspolitik gesetzt. Die Konsequenz erforderte nun, den jetzigen Aufschwung auf das Konto des Wuchertarifs zu setzen. Jedenfalls müssen wir zugeben, daß unsere Prophezeiungen, die wir diesem Tarif mit auf den Weg gaben, in bezug auf unsern auswärtigen Handel nicht eingetroffen sind. Die Handelsverträge kamen zustande, der Export stieg ganz bedeutend, und eine allgemeine, starke und, wie es scheint, anhaltende Prosperität von Handel und Industrie ist zu verzeichnen. Was man auch sagen: nicht dank diesem Tarif, sondern trotz seiner, so kann man doch nicht behaupten, jedenfalls nicht beweisen, daß unsere Industrie besser dastünde, wenn Deutschland jedweden Zollschutzes entbehrte.“ („Zollschutz und Arbeiterinteresse“, „Sozialistische Monatshefte“ 1907, S. 83.)

Nun ist es ja wahr, daß es noch manche industrielle Kreise gibt, die über die in Geltung befindlichen Handelsverträge Klage führen. Die meisten Klagen betreffen aber nicht den Zolltarif an sich, sondern die Schwierigkeit, die der Export der einen oder der andern Industriegattungen durch die Erhöhung der ausländischen (vor allem der russischen und amerikanischen Industrie) Zolltarife erwachsen sind. Aber die Frage bleibt denn doch die, ob mit Hilfe eines andern Zolltarifs günstigere Handelsverträge hätten erreicht werden können. Es müßte untersucht und erwiesen werden, daß die Erhöhung jener ausländischen Zölle nicht auch ohne unsern Zolltarif 1903 in gleicher Höhe vor sich gegangen wäre.

Nein, wir können getrost sagen, der Aufschwung unseres Wirtschaftslebens ist nur möglich geworden auf Grund unserer Wirtschaftspolitik, des Systems des Schutzes der nationalen Produktion. Auch unsere gegenüber dem Auslande mühsam dastehende Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung wäre nicht möglich gewesen ohne diesen starken Schutz.

## Der Kampf gegen das Koalitionsrecht in Troisdorf.

Wie bereits kurz in voriger Nummer unseres Organs berichtet wurde, hat die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-Aktiengesellschaft in Troisdorf über 150 Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen. Die genannte Gesellschaft besitzt außerdem Fabriken in Nürnberg, Königsfeld und Stadeln. In Troisdorf befindet sich eine Zelluloid- sowie eine Pulver-, Zündhütchen- und Munitionsfabrik. Die Gesellschaft wurde vor 25 Jahren gegründet und mit der Siegener Dynamitfabrik zur Rhein-Siegener Gruppe vereinigt und gehört als solche dem Generalkartell der deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken an. Seit dem Jahre 1887 wird alljährlich eine erhebliche Dividende verteilt, welche im Durchschnitt dieser Jahre über 11 1/2 % jährlich ausmacht; gewiß eine ganz hübsche Verzinsung des eingelegten Kapitals. Der Geschäftsumsatz konnte in den Jahren von 1904 bis 1909 von 5 347 331 Mk. auf 10 452 415 Mk. jährlich erhöht werden, hat sich also annähernd verdoppelt.

Wenn so die Lage der Gesellschaft, resp. der Aktionäre eine gute genannt werden muß, so kann man dieses von der Lage der Arbeiterschaft nicht sagen. Die Löhne der erwachsenen Arbeiter betragen für die gefährliche Arbeit in der Zelluloid- und Pulverfabrik täglich 3 Mk. bis 3,40 Mk. Einen höheren Lohnsatz verdienen nur verhältnismäßig wenige Arbeiter, so daß wohl der Durchschnittslohn für die erwachsenen Arbeiter auf 3,30 Mk. stehen wird. Wie die Löhne, so ließ auch die Behandlung zu wünschen übrig, so daß vor einigen Monaten bereits ein Teil der Zelluloidarbeiter ohne organisiert zu sein, die Arbeit niederlegte. Seit dieser Zeit dauerten die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft und waren

dieselben im Zelluloid- und Pulverbetriebe von gutem Erfolge begleitet. Dieses wurde jedoch der Direktion übermittelt und von gewissenlosen Anträgern entstellte und gänzlich unwahre Berichte geliefert. Nachdem schon einige Entlassungen vorausgegangen waren, erfolgte am 26. September in der Fabrik der folgende Anschlag:

„An unsere Arbeiter!

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß in letzter Zeit Teile unserer Arbeiterschaft Organisationen beigetreten sind, welche den Zweck haben, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern.

Wenn wir auch die Berechtigung dieser Bestrebung voll und ganz anerkennen, so halten wir es doch im Hinblick auf das seit dem fast 25-jährigen Bestehen unserer Gesellschaft bisher ungetrübte und hervorragende Einvernehmen zwischen uns und unseren Arbeitern für sehr bedenklich, diesen innigen Zusammenhalt durch ein Dazwischentreten auswärts kommender Einflüsse trüben zu lassen.

Wir erwarten von unseren Arbeitern das Vertrauen, daß ihren berechtigten Wünschen nach jeder Richtung hin voll und ganz genügt wird, soweit dieses mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen ist.

Wir erwarten auch, daß unsere Arbeiter davon überzeugt sind, daß allen unseren Beamten der vollste Schutz der Interessen und Wünsche unserer Arbeiterschaft, sowie die Unterstützung ihrer auf eine Verbesserung der Lebens- und Ernährungsbedingungen hienzielen Bestrebungen bei gerechter Abwägung der wirtschaftlichen Lage dringend am Herzen liegt.

Wir lehnen daher jede fremde Vermittlung zwischen uns und unserer Arbeiterschaft entschieden ab, eine Vermittlung, welche auch trotz bester Absicht geeignet ist, das gute Einvernehmen zwischen uns und unsern Arbeitern zu trüben und zu zerstören.

Wir sehen uns nun veranlaßt, organisierte Arbeiter in unseren sämtlichen Fabriken nicht mehr zu beschäftigen und fordern im Interesse eines von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeitens alle die jetzigen Arbeiter, welche bisher Organisationen irgendwelcher Art beigetreten sind, auf, aus denselben auszutreten oder ihre Arbeit niederzulegen.

Die Direktion der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. Cöln, den 26. September 1911.“

In diesem sonderbaren Schriftstück erkennt man in dem einen Satze die Berechtigung der Organisationsbestrebungen voll und ganz an und im letzten Satze fordert man die Arbeiter auf, aus dieser voll und ganz berechtigten Organisation auszutreten, oder ihre Arbeit niederzulegen. Kann es einen größeren Widerspruch geben? Die Fabrikleitung verlangt in dem Anschlage Vertrauen von ihren Arbeitern und geht dazu über, das Vertrauen, welches sie bisher noch besessen hat, selbst gewaltsam zu zerstören. Bösartig unrichtig ist zudem die Behauptung, daß von „auswärts kommende Einflüsse“ zwischen den innigen Zusammenhalt“ getreten seien. Die Arbeiter der Firma haben sich aus eigenem Antriebe der Organisation angeschlossen. Das sei ausdrücklich festgestellt.

Am 29. September wurden die Arbeiter einzeln auf Kommando geholt, um einen Revers zu unterzeichnen, entweder aus der Organisation oder aus der Arbeit auszutreten. Mehr als 150 Arbeiter wurden durch diesen Akt der Firma, ohne Rücksicht auf den geleisteten, langjährigen Dienst einfach entlassen. Ein Verständigungsversuch seitens einer Kommission der Arbeiter, wurde von der Fabrikleitung abgewiesen. Ein erneuter Versuch der Gewerkschaftsvertreter bei der Hauptleitung in Cöln führte zwar zu einer mehrstündigen Aussprache aber nicht zu einem irgendwie greifbaren Resultate. Die Generaldirektion beließ es bei den getroffenen Maßnahmen.

Nach diesem Ergebnisse dürfte die baldige Beilegung der Differenzen kaum zu erwarten sein. Der Kampf um das Koalitionsrecht, von welchem Rechte die Sprengstoff-Gesellschaft selbst einen so ausgiebigen Gebrauch macht, hat begonnen. Genau wie im früheren Königreich Stumm, so versucht man es hier, den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Recht zu nehmen, ohne daß irgendwie eine Lohnforderung gestellt worden wäre. Man geht von Seiten der Gesellschaft schon so weit, daß man Handwerksmeistern, welche für das Werk arbeiten, nahelegt, ihre organisierten Gehälften zu entlassen, was in einem Falle auch schon erreicht wurde. Auf der nahegelegenen Friedrich-Wilhelm-Hütte wird keiner der kämpfenden Arbeiter eingestellt. Für den notwendigen polizeilichen Schutz sorgten vom ersten Tage an 2 berittene und 4 Gendarmen zu Fuß, welche in dem, der Fabrik gegenüberliegenden Wirtschaftshaus ihr Domizil aufgeschlagen haben. Bisher haben dieselben noch keinerlei Arbeit erhalten und so wird es auch in der Zukunft bleiben. In einer großen Volksversammlung, welche von Arbeitern und Bürgern zahlreich besucht war, zeigte es sich so recht deutlich, daß die Sympathie der Bürgererschaft auf Seiten der ausgesperrten Arbeiter zu finden ist. Die Bürgererschaft fürchtet, daß derartige Maßnahmen seitens der Sprengstoffwerke auf die Geschäftsleute, auf Wirte oder Vereine ausgedehnt werden könne. Auch kann es der Bürgererschaft nicht gleichgültig sein, wenn jetzt vom Werk versucht wird, ungeübte Leute an die zum Teil gefähr-

liche Arbeit heranzuholen; unberechenbare Gefahren könnten dadurch entstehen. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß vielleicht doch noch die Firma einsehen wird, daß es ihr auch mit derartigen Maßnahmen nicht gelingen wird, die Organisation aus ihrem Betriebe dauernd auszuschalten.

Eine Englandreise deutscher Arbeiter.

(Von: Carl Willenberger-Frankfurt a. M.)

II.

Eine Rundfahrt durch die City, dem Geschäftsviertel von London, brachte uns nach dem Mansion House, wo wir vom Lord Mayor (Oberbürgermeister) von London empfangen wurden. Er hob hervor, daß er schon öfters Gelegenheit habe, Deputationen zu empfangen, die für den Weltfrieden das größte Interesse hätten. Der Frieden müsse aber aus dem Herzen der Völker kommen; es freue ihn umso mehr, Vertreter der arbeitenden Klasse, der er das größte Interesse entgegenbringe, im Namen der Stadt London begrüßen zu dürfen. — In einem nahegelegenen Restaurant wurde der „Lunch“ eingenommen. Nach demselben fuhren wir in Gesellschaftswagen zur Leave Custon-Station, um von hier aus dem nächsten Reiseziele, Birmingham, zuzufeuern.

In ungewohnter Schnelligkeit durchkreuzte der Zug das an Abwechslung reiche Landschaftsgebilde. Nach etwa 3 1/2 Stunden Fahrt hatten wir Birmingham erreicht. Hier wurden wir vom Lord Mayor empfangen. Er wünschte, daß die Menschen sich mehr einer internationalen Brüderlichkeit befleißigten, um dadurch den Frieden zu fördern und zu huldigen. Professor Sützig-Frankfurt dankte im Namen der Teilnehmer und streifte sodann noch die Volksebildungsbestrebungen beider Städte. Nach Einnahme des vom Lord Mayor gegebenen Zimbis wurden wir unseren ersten englischen Logiswirten vorgestellt. Hierauf ging es in die Stadthalle, wo wir von einer vielstimmigen Versammlung mit brausenden Hochrufen empfangen wurden. In großen Lettern sprach uns ein „Willkommen ihr deutschen Brüder!“ in der Muttersprache entgegen. Unsere Befürchtungen, daß die Ueberfahrt und die Strapazen des ersten Tages sowie die Teilnahme an einer Versammlung von uns zuviel verlangt sei, wurde gründlich widerlegt. Der überaus herzliche Empfang, die begeisterten Worte eines Edward Smith, Alderman, Jvinea, Horries und nicht zuletzt der schöne Gesang des Viktorien-Quartetts, welches deutsche Lieder zum Vortrag brachte, riefen eine begeisterte Stimmung hervor. Birmingham, die Wiege der Abul Schools, ist auch eine ihrer bedeutendsten Pflegestätten.

Nach Schluß der Versammlung ging es in allen Richtungen in die Quartiere. Hier konnten wir gleich eine Probe unseres Könnens in der englischen Sprache ablegen. Wenn alles verlief, selbst „der kleine Engländer“ (engl. Wörterbuch), den wir als Führer bei uns hatten, dann mußte eine zeichnerische Hand uns aus der Patsche helfen. Es fehlte dabei nicht an erheitlichen Zwischenfällen. Der Sonntag brachte uns zunächst die Besichtigung der Bezirksschulen (der Abul-Schools), wo wir ihre Arbeiten und Einrichtungen kennen lernten. Einer halbständigen Bibelbetrachtung folgten fachliche und wissenschaftliche Lehrgegenstände. Auch der Gesang war tüchtig geübt. Neben dem Jungling konnten wir auch ergante Männer beobachten, die von „Gemeingeist und Freundschaft“ bejeht, die Unterrichtswunden betreten.

Am Nachmittag besuchten wir eine überaus gutbesuchte christliche Versammlung. Nach derselben erwarteten uns Mrs. und Mr. Baron Cabbury in ihrem früheren herrschaftlichen Wohnsitz inmitten eines großen Parks, das sie alles der Abul Schools zum Geschenk gemacht haben. Nach Einnahme des 5 Uhr-Tees machten wir einen Rundgang durch Park und Garten. Dann folgten die Begrüßungsreden, die

dahin gipfelten, daß alle Bestrebungen vom Geiste des Friedens und der Liebe getragen sein müßten, um etwas Erprobliches leisten zu können. Den Abend brachten wir im trauten Heim unserer Logiswirte zu.

Der Montag Morgen brachte uns eine in 30 Automobilen unternommene, an Wochenselung reiche Fahrt nach Stratford, der Geburtsstätte Shakespeares.

Der Lord Mayor von Stratford hatte selbst die Führung durch die Schule und das Museum übernommen. Die Schule, die Shakespeare besuchte, dient heute noch Schulzwecken, und das Elternhaus nebst einzelnen Einrichtungen hat man bis auf den heutigen Tag erhalten. Letzteres ist als Museum eingerichtet. Alte Dokumente, Denkmünzen und sonstige Sachen sollen uns an die Lebzeit Shakespeares erinnern.

Nach dem Mittagstisch brachten uns die Autos nach der Schokoladefabrik von Cabbury und dem Gartendorf Bormville. Hier beschäftigten wir zunächst „die Fabrik im Garten“, wie sie mit Recht genannt wird.

Die Arbeitsräume sind groß und lustig angelegt. Die Proportität der Arbeiter und Arbeiterinnen, die einheitliche Kleidung derselben, ihr gesundes und frisches Aussehen machen einen guten Eindruck. In den großen Speisekellern sind aller Art Speisen zum Selbstkostenpreis erhältlich. Im Mädchen-Schwimmbad werden kalte und warme Bäder verabreicht, und jedem Mädchen ist gestattet, wöchentlich einmal während der Arbeitszeit das Bad zu benutzen. Einem Arzte steht eine gutgeschulte Mädchen-Krankensplegekolonne zur Seite, und eine Frei-Apothek steht mit ihren Medikamenten zur Verfügung. Ein der Firma gehöriges Genußheim in Herefordshire nimmt die einer Erholung bedürftigen Angestellten auf. Je eine Turnhalle für die Männer und Mädchen, ausgebreitete Erholungs-, Ball-, Tennis- und Fußballspielplätze sind für Sport und Körper-Übungen vorhanden. Für die Fortbildung ist in weitem Maße Rechnung getragen. So wird für die Mädchen unter 19 Jahren wöchentlich Handarbeitsunterricht erteilt. Auch werden an diejenigen Unterstützungen gewährt, die an sonstigen Fortbildungsschulen teilnehmen. Eine Bibliothek dient dem geistigen Bedürfnis der Angestellten. Ein großes Gelände dient für Gartenunterricht und zur Selbstbebauung. Für das Kontorpersonal steht ein Klubhaus mit Billard-, Les- und Schreibzimmer zur Verfügung. Es würde zu weit führen, all die Wohlfahrts-Einrichtungen aufzuführen, aber zu beachten ist, daß sämtliche Einrichtungen als soziale Wohltaten angesprochen werden können, da sie sonstige Arbeiterrechte in keiner Weise lahmlegen. Nach der Besichtigung führte uns eine Mädchen-Abteilung altenglische Tänze in dem ausgebreiteten Erholungsparke vor. Während des 5 Uhr-Tees fand ein Konzert des Bläser-Korps statt, dann folgte die Besichtigung des Gartendorfes Bormville. Ein Auszug aus dem Prospekt, das uns die Dorfverwaltung zur Verfügung stellte, bejaugt über die Absicht des Gründers der Gartenstadt folgendes: „Er wünscht die Uebel zu verringern, die daraus entstehen, daß eine große Anzahl Menschen in ungesunden und ungenügend großen Räumen zusammenarbeiten, und er will den Fabrikarbeitern die Vorteile des Landstehens sichern, welches ihnen Gelegenheit zu der so gesunden Beschäftigung des Garten- und Ackerbaues bietet. Es wird bezweckt, die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse in und um Birmingham und anderswo in Großbritannien dadurch zu heben, daß man bessere Wohnungen mit Gärten und Erholungsplätzen schafft.“

Die meisten Häuser besitzen eine Küche, 2 Schlafzimmer und eine Badeeinrichtung. Bormville hat gegenüber dem Einfamilienhaus anderer englischer Städte den Vorzug, abwechselnd in der Banart zu sein. Die musterhaft angelegten Vorgärten, schöne Anlagen, breite Straßen, sind die Zierden des Dorfes.

In dem circa 700 Häuser zählenden Dorfe ist nur ein Wirtshaus vorhanden, in der aber unfundlich keine alkoholischen Getränke ausgegeben werden dürfen.

Herbst, Hoffnung und Heimarbeit.

In der Kölnischen Volkszeitung schreibt Elisabeth Graud-öhne: Der Herbst ist da, ein früher Herbst, der viele Hoffnungen segnet. Aber sie erfüllen immer neu. Mit hoffendem Herzen werden wir dem nächsten Frühling entgegengehen. Wir können nicht anders. Ohne Hoffnung kein Frühling — und alle Hoffnungen hat noch kein Herbst geknickt.

So geht es uns auch im politischen Leben. Jetzt mitten im verträglichsten Herbst stehen wir voller Frühlingshoffnungen vor dem, was der Reichstag bringen soll. Ein Gesetz kommt zur Beratung, das mit Spannung alle Herzen erfüllt, die ihren Blick getan haben in das Elend der Heimarbeit: Das Hausgewerbegesetz. Die Kommission hat es durchgearbeitet und getastet und in ein gefälliges Sprachgewand kleidet, so daß man auf den ersten Blick ganz eingenommen ist für dieses Gesetz. Aber auf den zweiten Blick sieht man doch, daß beim dritten noch mal „Ja“, und beim vierten noch mal „Nein“, und beim fünften schließlich „Ja“ den Kopf, und beim sechsten noch mal energisch „Nein!“ Das Gesetz, wie es jetzt gefaßt ist, erkennt das Elend der Heimarbeit als bestehend an. Es leugnet nicht, daß die Hände der Heimarbeiter (und Heimarbeiterinnen) verrotten, was uns die Schamrute ins Gesicht treiben würde, kann plötzlich ein Herrmann die Dächer abheben und uns einreden lassen würde. Wenn es nun einen solchen Herrmann auch nicht gibt (wir können es solcher Begegnung nicht hoffen), so haben doch die Ausführungen der Heimarbeitenden dieses Elends gezeigt, daß ein Schändliches an dem schilde unserer nationalen Ehre ist. Wir wissen, dies Elend ist da. Wir wissen, daß der arme Spargel, den die elegante Dame mit ihren Fingern zum Essen hat, während die arme im Lichte hängt, in dumpfer Erde von armen Heimarbeitenden gepflückt wurde, wir wissen, daß der Spargel nicht aus dem Boden, ja daß die Arbeiter in Heimarbeit hergestellt

werden und unter Bedingungen, die wir selber nicht eine Woche lang ertragen können — wir wissen es — vergessen es — und leben weiter . . .

Aber nein, nicht doch! So war es. Jetzt soll es durch das neue Reichsgesetz ja anders werden! Das Gesetz schreibt vor, daß Heimarbeit nur in Räumen ausgeübt werden darf, die bestimmten hygienischen Anforderungen genügen. Geht das Gesetz durch, so werden unsere Gemüsekonserven, Spielzeuge und einzelne Kleidungsstücke nicht mehr in ungenügenden, schmutzigen Räumen hergestellt werden, wir können dann wirklich darüber beruhigt sein. Die Ausbreitungsgeschwindigkeit durch Bazillen, die die Heimarbeitzeugnisse aus den überfüllten Räumen mit hinausnehmen, ist für uns verringert. Wir brauchen nicht mehr Pantauschlag, Diphtherie- und Scharlachkeime zu fürchten. Geradezu väterlich sorgt das Gesetz für die Konsumenten. Das will wahrscheinlich auch der Name „Hausgewerbegesetz“ sagen: Das will ruhig in unser Haus aufnehmbare Waren, was die Gewerbe für unser Haus herstellen, daß das Gesetz strenge Maßnahmen treffen wird, um uns zu schützen. Wer ruft da vorlaut: „Sollte das geplante Gesetz denn nicht in erster Linie den Schutz der Heimarbeiter ausstreben?“ Gewiß! Und die Heimarbeiter werden auch geschützt, und zwar vor sich selbst nach dem bekannten Rezept: „Wenn sie Hunger, aber kein Brot haben, sollen sie Kuchen essen.“

Die Heimarbeiter leben zugekauftenmaßen in ungesunden, menschenunwürdigen Wohnungen. Nicht aus Vorliebe für Schmutz und Damp, sondern aus Mangel an Geld, Bestreben zu bezahlen. Da schreibt nun das Gesetz vor, wie keine Wohnung beschaffen sein muß, aber ohne daß dem Jahar der mangelhaften Wohnung ein Mietzuschuß oder ein Pauschalbetrag in Aussicht gestellt würde. Zur Strafe dafür, daß der Heimarbeiter ungenügend wohnt, weil er ungenügend verdient, muß er also eine bessere Wohnung beziehen, damit wir vor Ausbreitung geschützt sind. Würde diese Maßnahme durch eine andere ergänzt, die einen Mindestlohn fest-

Am Dienstag Morgen besuchten wir die Universität Birmingham, eine Stiftungs-Universität. Dieselbe verfügt über circa 20 Millionen Mark. In der technischen Abteilung der Universität wird im Hauptfach nur der Bergbau und die zu ihm gehörige Maschinenindustrie behandelt. Zu Studienzwecken ist eigens ein Bergwerk angelegt.

Am Mittag statteten wir noch dem kaufmännischen Klubhaus einen Besuch ab. Leider mußten wir uns dann von dem gastlichen Birmingham und unseren Gastgebern trennen. Punkt 12 Uhr setzten wir im Speisewagen (wohl für die meisten das erstemal), die Reise nach Manchester fort. Dort angekommen und vom deutschen Konsul empfangen, besichtigten wir den Schiffkanal, der Manchester mit dem Meere verbindet. Er ist 36 englische Meilen lang und hat 360 Millionen Mark gekostet. An seinen Ufern ziehen sich ausgebreitete Fabriken und Lagerplätze für Holz, Del und sonstige Materialien hin.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. Oktober fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 60 Pfg.) erhalten die Zahlstellen Cupen, Halle a. S. und Rirkosten.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 32064, Josef Gerbermann; Nr. 53457, Gustav Dulisch. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Zur Erleichterung des schriftlichen Verkehrs mit der Zentralstelle ist es unbedingt notwendig, daß die Zahlstellenverwaltungen die „Anweisungen“ Seite 10, „Verkehr mit der Verbandsleitung“ besser beachten.

Materialbestellungen richte man stets so aus, daß sie bis spätestens Dienstag abends im Besitze der Zentralstelle sind. Das Verlangte kann dann noch mit der Zeitung verhandelt werden und wird so manche Arbeit und viel Porto gespart.

Die vom Militär zurückgekehrten Kollegen müssen unverzüglich ihre Bücher von der Zentralstelle zurückfordern. Die Zurückgabe der Bücher erfolgt nur dann, wenn seit der Entlassung vom Militär nicht mehr wie 6 Wochen zurückliegen. Wer länger wartet, verliert den Anspruch auf die Militärunterstützung und muß sich neu aufnehmen lassen.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zuzug ist fernzuzhalten von

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Stolberg Rhld., Hamm i. Westf., Neheim-Hüsten, Wiebdenbrück. Pianobarbeiter: Bonn (Kühling). Rikku- und Riemenstickenmacher: Leichlingen. Celluloidarbeiter: Troisdorf.

Modellschreinerbewegung in Düsseldorf. Einen beachtenswerten Erfolg haben die bei den Modellschreinermeistern beschäftigten Kollegen errungen. Die Arbeitszeit währte bisher

jetzt, der dem Mietpreise entgegenkäme, so wäre die Sache für den schlichten Laienverstand ja begreiflich. Da von einer Tarifierung aber im Gesehntwurf nichts verlautet, so kommt der Nachdenkliche auf den Gedanken: Der Entwurf will nicht sowohl die Heimarbeiter schützen, als vielmehr durch erhöhte, unmöglich zu erfüllende Ansprüche an die Heimarbeiter den Abschied aus der Stadt begünstigen, die Heimarbeiter sollen indirekt zur Abwanderung aufs Land gezwungen werden, wo die Wohnung billiger ist.

Wie der Entwurf jetzt ist, schützt er uns, die Konsumenten, also auch die Arbeitgeber, und die Heimarbeiter tragen die Kosten! Diesen wenig erhebenden Charakter würde das neue Gesetz nur verlieren, wenn zu den Anforderungen an erhöhte Ausgaben des Heimarbeiters auch erhöhte Einnahmen träten. Erhöhte Einnahme würde die Einführung eines Tarifs bedeuten, den das Lohnamt festzusetzen haben würde. Lohnämter, Tarifierung der Lohnsätze — das ist der Weg, der vom Elend der Heimarbeit aufwärts führt, langsam, langsam aber sicher. Stück für Stück kann und muß dieser Weg bergan erklimmen werden — aber er sollte wenigstens durch das neue Gesetz beschritten oder angebahnt werden. Wir Konsumenten danken es euch, Vertreter unserer Nation, daß ihr uns und unsere Kinder schützt — aber es darf nicht auf Kosten der Schutzbedürftigen geschehen! Fordert nicht nur von den Wehrlosen, gebt ihnen auch, gebt ihnen die Möglichkeit, euren Forderungen zu entsprechen, indem ihr Lohnämter für die Hausindustrie verlangt und — mit der Tarifierung eines Postens beginnend — langsam Arbeitgeber und Arbeitnehmer an tarifsgemäße Abmachungen gewöhnt, und so allmählich den Sumpf austrocknet, in dem der Wagen unserer Arbeiterschutzegebung auf seinem glorreichen Siegeszuge stehen zu bleiben droht. Die Flagge der Hoffnung ist gehißt! Alle Herzen, die das Volk lieben, warten auf euch, unsere Vertreter. Werdet ihr uns antworten?



für die Rheinprovinz 400 000 Mark zu 3 Proz. hergestellt. Das Ledigenheim enthält gegen 255 Betten, wovon die größte Zahl in Zimmern mit je einem Bette sind. Der Mietfuß bewegt sich zwischen 9 und 15 Mark monatlich. Für die volle Beköstigung ist täglich 1,20 Mark zu zahlen. Für die ersten Jahre rechnet die Stadt mit einem Zuschuß von 6000 Mark jährlich. Die Einrichtung des Heims und die Ausstattung der einzelnen Zimmer ist zweckmäßig und anheimelnd in allen Teilen. Im dem Ledigenheim ist auch eine öffentliche Bibliothek mit Lesehalle untergebracht.

Also doch! Auf dem Landesparteitag der badischen Sozialdemokratie am 27. August in Offenburg kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Parteifaktik zwischen den Abgeordneten Kolb und Seck. Dem ersteren enthielt dabei folgendes Geständnis:

„Seck meint, wir hätten die Gemeindeförderung ablehnen müssen genau so, wie die Reichstagsfraktion seinerzeit die sozialen Gesetze abgelehnt hätte. Würden wir heute vor der Abstimmung über diese Gesetze stehen, wir würden uns die Ablehnung sehr überlegen. (Sehr richtig.) Und eine Abstimmung unter den deutschen Arbeitern würde sicher ergeben, daß sie nicht die Zustände vor der sozialen Gesetzgebung zurückwünschten.“ (Bericht der Kölnischen Zeitung Nr. 955, 1911).

Darin liegt in sachlicher Hinsicht eine Beurteilung der unfruchtbarsten Alles- oder Nichtspolitis, wie sie seit Jahrzehnten von der volksfeindlichen Sozialdemokratie betrieben wurde. Gleichzeitig aber auch eine Rechtfertigung und Anerkennung der bürgerlichen Sozialpolitik.

Vorbilder der zukunftsstaatlichen Arbeitsverhältnisse sollten eigentlich die sozialdemokratischen Unternehmungen sein. Das sind sie indes nicht, wie noch kürzlich die Klagen auf der Tagung des sozialdemokratischen Lagerhalterverbandes zu München über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den soziald. Konsumvereinen, sowie die Mitteilungen der Tagespresse aus der Konsumgenossenschaftlichen Seifenfabrik in Gröba ergaben. Jetzt liegt schon wieder ein neuer Fall vor: Im Konsumverein Darmstadt sahen sich die sozialdemokratischen Schuhmachergehilfen sogar gezwungen zu streiken, weil der Vorstand sich gegenüber den eingereichten Forderungen direkt ablehnend verhielt. Das sozialdemokratische Schuhmacher-Fachblatt (Nr. 38, 1911) liest der scharfmacherischen Konsumvereinsleitung diejerhalb gründlich den Text. Bestere habe mit ihrer ablehnenden Haltung die andern Meister veranlaßt, ebenfalls abzulehnen. Ferner habe der Konsumverein Streikarbeit unterzubringen versucht, die Gehilfen zum Streikbruch verleiten wollen, überhaupt Handlungen sich zu schulden kommen lassen, „die jeder Scharfmacher bei Streiks anzuwenden pflegt“. Nachher habe der Konsumverein dann wahrheitswidrige Berichte veröffentlicht, worin mit „Unverfrorenheit“ und „Dreistigkeit“ die Tatsachen auf den Kopf gestellt seien. — So ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan über sozialdemokratische Arbeitgeber! Ob diese Schuhmachergehilfen wohl jetzt die Nase voll haben vom Zukunftsstaat?

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Der Verband bayrischer Drechslermeister, dem in der Hauptsache die Pfmelstiele herstellenden Meister angehören, hielt am 17. September ins Ansbach seinen ersten Verbandstag ab. Die Erschienenen besprachen im wesentlichen die Lage des Drechslergewerbes und beschloßen, ab 1. Januar 1912 die in Mannheim erscheinende Fachzeitschrift für Drechsler und Tischler als Publikationsorgan zu benutzen. Eine weitere Veranlassung der bayrischen Drechslermeister soll im Frühjahr 1912 in Nürnberg stattfinden. Der Verband soll, wie geplant, zu einer Organisation der gesamten Drechslermeister Lager? anwachsen.

**Wahlvorbereitungen der Industriellen.** Der Zentralverband deutscher Industrieller hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, in dem auf die Wichtigkeit der nächsten Reichstagswahlen hingewiesen wird. In dem Rundschreiben wird vor einer einseitigen Unterstützung bestimmter Parteien gewarnt in Rücksicht auf die schwierige Lage der Industrie auf dem Weltmarkt und gegenüber dem überharten sozialdemokratischen Druck unseres Wahlrechts auf die Fraktionen des Reichstages. Die Industriellen sollten sich hüten, ihr Wohl und Wehe der „mehr oder minder großen Geschicklichkeit der Führer einer einseitigen Parteirichtung anzuvertrauen“. Es wird deshalb auf den „industriellen Wohlstand“ verwiesen, der geschaffen werden sei, um die Wohl möglichst vieler Industrieller oder industriellen Kandidaten, aus allen Parteien zu bewirken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alles versucht werden wird, um mittels des großen Geldbades die Wahl von Kandidaten zu erreichen, die zu den Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller gehören. Die Hebung unserer heimischen In-

dustrie muß jeder vernünftige Mensch fördern, doch damit ist vom Zentralverband allein nicht gebiert. Er verlangt Abgeordnete, die dem „großen sozialpolitischen Druck“ widerstehen können. Die von ihm unterstützten Kandidaten werden deshalb von den im bürgerlichen Lager stehenden Arbeitern „auf Herz und Nieren“ geprüft werden müssen.

### Soziale Rechtfprechung.

**Der Erfüllungsort für die Krankenfürsorge.** Zur Frage des Erfüllungsortes für die Krankenfürsorge fällt das sächsische Oberverwaltungsgericht ein Urteil von allgemeinem Interesse. In einem Baubetriebe in Chemnitz erlitt ein Maurer einen Unfall und erhielt die erste ärztliche Hilfe von einem dortigen Kassenarzt. Tags darauf begab er sich aber, ohne die Zustimmung der Ortskrankenkasse zum Verlassen des Kassenbezirks einzuholen, nach Hilmerzdorf bei Wolfenstein zu seiner Familie und trat in die ärztliche Behandlung eines Wolfensteiner Arztes. Auf seine Bitte um Aufhebung eines Krankenscheines wurde er von der Kasse beschieden, die Kosten für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel müsse er selbst tragen, da ihm die Erlaubnis zum Verlassen des Kassenbezirkes fehle. Er forderte nach seiner Genesung die ihm hierfür erwachsenen Kosten in Höhe von 211 Mark im Klagewege von der Kasse und erlangte vom Verwaltungsgericht ein obliegenden Urteil. Die von der Kasse eingewendete Berufung hat das Oberverwaltungsgericht verworfen. In seinem Urteile führte es im wesentlichen aus: Da das Krankenversicherungsgesetz keine Bestimmung über den Erfüllungsort für die Krankenfürsorge enthalte, müsse erforcht werden, was der Natur der Sache nach als der Wille des Gesetzgebers in dieser Beziehung zu gelten habe. Dabei gelange man zu dem Ergebnisse, daß die Kassen die ihnen obliegenden Leistungen unter Umständen auch an einem anderen Orte zu erfüllen haben als am Beschäftigungsorte der Versicherten, der nach der allgemein herrschenden Meinung in erster Reihe den Erfüllungsort bilde. Das gelte namentlich in folgenden Fällen: Arbeiter seien häufig in Orten ihrer Gegend beschäftigt, die vom Orte ihrer Familienwohnung zu weit entfernt seien, als daß sie jeden Abend nach Hause gehen könnten. Sie mieteten sich daher am Beschäftigungsorte ein Quartier, ohne ihre Familienwohnung aufzugeben, in die sie allsonnabendlich zurückzukehren pflegten. Wenn solche Personen am Beschäftigungsorte erkrankten, sei es in der Natur der Sache begründet, daß sie zu ihrer Familie gingen, da dort die geeignete Stelle für ihre Pflege sei und sie hierdurch bei längerer Krankheit in den Stand gesetzt würden, die Kosten für ein besonderes Quartier am Beschäftigungsorte zu ersparen. Daß es aber im Sinne des Gesetzes liege, diesem Bedürfnisse der Arbeiter auch bei der Krankenfürsorge durch die gesetzlich errichteten Kassen Rechnung zu tragen, könne unbedenklich angenommen werden. Das entspreche nicht nur der wohlwollenden Absicht, die der ganzen Sozialgesetzgebung zu Grunde liege, sondern auch der Einzelbestimmung im § 7 Abs. 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes; denn wenn man dort den Versicherungsträgern solchen Kranken gegenüber, denen sich regelmäßig die Möglichkeit einer häuslichen Pflege biete, die Befugnis zur Einweisung in ein Krankenhaus nur unter gewissen engbegrenzten Voraussetzungen eingeräumt sei, so zeige dies, daß der Gesetzgeber großen Wert auf die häusliche Pflege lege und sie den erkrankten Arbeitern tunlichst erhalten wolle. Die Festsetzung, daß auch der Wohnort des Versicherten, wo er seine Familienwohnung habe, als Erfüllungsort zu gelten habe, entspreche aber auch insofern dem Gesetze, als hierdurch die Verpflichtungen der Versicherungsträger nicht erheblich, also nicht über den Rahmen des Gesetzes hinaus vergrößert würden. Dabei sei den Versicherungsträgern auch das ihnen zustehende Recht zur Bestimmung der Ärzte für die Behandlung der kranken Versicherten gewahrt; nur würden sie dabei aus praktischen Gründen oft andere Ärzte als die allgemein für ihr Bezirk bestellten Kassenärzte wählen müssen.

### Aus dem gewerblichen Leben.

**Möbel und Klassenbewußtsein.** Eine nicht uninteressante Kontroverse über dieses Kapitel wurde jüngst im „Vorwärts“ ausgefochten. Robert Breuer, der bekannte Fachschriftsteller, stellte allen Ernstes die Forderung auf, in den Möbeln der Arbeiterwohnung müsse das Klassenbewußtsein des Besitzers zum Ausdruck kommen. Daß es möglich wäre, den Möbeln „Klassenbewußtsein“ einzuprägen, zeige die im soziald. Gewerkschaftshaus zu Berlin arrangierte Ausstellung vorbildlicher Arbeiterwohnungen. Hingegen finden die Arbeitermöbel in der Ausstellung der Berliner Tischler-Zunft in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, nicht den Beifall Breuers. Er sagt von diesen: „Sie dienen nicht jenem

Idealismus, der in den Arbeitermöbeln einen Klassenausdruck eine metaphysische Form sieht, nach jener Art, wie die Don und die Schloßer Klassenausdruck waren.“ Nach den weiteren Breuer'schen Darlegungen sind solcherart Möbel „national liberal“, weil sie ein Kompromiß darstellen zwischen dem was überwunden ist und dem, was erstrebt werden soll.

Gegen die Verbindung des „Klassenbewußtseins“ mit zweckentsprechenden Arbeitermöbeln wendet sich Gustav Rein Er erhebt die Frage: „Woran erkennt man die Möbel, weld proletarisches Klassenbewußtsein zum Ausdruck bringen, wodurch unterscheiden sie sich von Möbeln, die äußerlich Klassenbewußtsein ausdrücken oder sonst dem Klassenbewußtse der Arbeiter widerstreben?“ Und als Antwort gibt er:

„Nun, ich habe vor diesen Möbeln im Gewerkschaftshaus nicht einmal, sondern öfter gestanden und mit heftigem Bemühen versucht den Ausdruck proletarisches Klassenbewußtseins an ihnen zu entdecken; aber gefunden habe ich nichts davon. Ja, ich kann besten Willen nicht einmal sagen, daß sich diese Küchen- und Zimmereinrichtungen in irgendeinem Grundprinzip von den üblichen bürgerlichen Hausrat unterscheiden. Es sind sowohl hinsichtlich der Zweckbestimmung, wie der grundlegenden Form dieselben Stücke, die wir auch in bürgerlichen Wohnungen finden. Mir scheint überdies, das ein und das andere Stück der Ausstattung, mag es immerhin für den bürgerlichen Haushalt als unerlässlich gelten, für den typischen Arbeiterhaushalt von heute nicht einmal zweckmäßig ist. — Wenn ich mich frage: Haben die Möbel im Gewerkschaftshause sonst irgend etwas Besonderes, was sie als Arbeitermöbel qualifizieren könnte; reden sie eine eigene dem Arbeiter vertraute oder wenigstens seinem Empfinden angepasste Formensprache: zeigen sie überhaupt neue, eigenartige Formen? so kann ich nur mit einem glatten „Nein“ antworten.“

Um in dem von Breuer gegebenen Bilde der „national liberalen“ Innungs-Ausstellungsmöbel zu bleiben, erkläre Reinke: „die Möbel im Gewerkschaftshause sind nationalsozial. Sie wollen etwas Neues, eigens für die Arbeiter geschaffenes, deren Verhältnissen und Empfindungen angepaßtes sein, halte aber im Grundprinzip an dem fest, was schon längst dagewesen ist.“

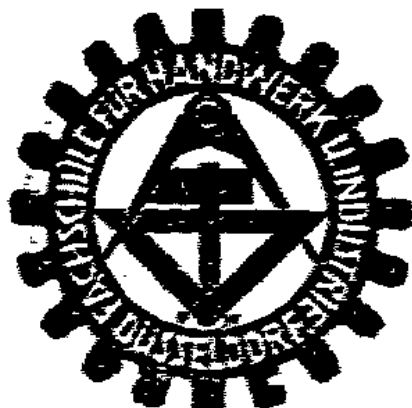
Der Disput lehrt uns, wie die „Genossen“ bestrebt sind aber auch alles zu ihren Gunsten auszulegen. Wenn wir in den letzten Jahren zu einem eigenen Stil gekommen sind dann ist das unzweifelhaft ein Zeichen für den hohen Kulturstand des deutschen Volkes. Was der neue Stil im wesentlichen zum Ausdruck bringt, ist Kraftbewußtsein und das Bewußtsein der Unabhängigkeit in diesem Zweige der Kultur. Deshalb redet man mit Recht von einem deutschen Stil. Er ist Gemeingut aller Deutschen, die mit ihrer Zeit fühlen und denken. Aber beileibe ist er nicht der Stil der Sozialdemokratie. Man sieht aber, wie sie bestrebt ist sich als Kulturträgerin auch auf diesem Gebiete vorzustellen. Wir zweifeln nicht daran, daß es Leute geben wird, die auch auf diesen Betrug hereinfallen.

**Ein Jubiläum bei der Waggonfabrik von der Hülsmann & Charlier, Köln-Deutz.** Die Firma, die eines der bedeutendsten Unternehmen in der Waggonindustrie unterhält, konnte Anfang Oktober den 100 000. Eisenbahnwagen fertigstellen. Aus diesem Anlaß haben die Firmeninhaber folgende Stiftungen beschlossen: 1. Die Ferdinand-Albert-Stiftung, deren Erträge zur Unterstützung invalider Arbeiter und der Hinterbliebenen von Arbeitern verwendet werden, erhält eine Zuwendung von 200 000 M. so daß deren Stammkapital nunmehr 500 000 M. beträgt. 2. Mit einem Kapital von 200 000 M. wird eine Beamtenstiftung gegründet, auf deren Zinsen Renten an dienstunfähig werdende Beamte und an Hinterbliebene von Beamten gewährt werden sollen. 3. An baren Zuwendungen erhalten a) die Beamten einen ihrem Gehalt und ihrer Dienstzeit entsprechenden Betrag b) diejenigen Arbeiter, welche am 1. September dieses Jahres eine ununterbrochene Dienstzeit zurückgelegt haben, von mehr als 25 Jahren 100 M., von 15 bis zu 25 Jahren 50 M., von 5 bis zu 15 Jahren 20 M., von weniger als 5 Jahren 10 M. Eine Unterbrechung durch den Militärdienst wird als solche nicht gerechnet. Diese Beträge sind am Dienstag 3. Oktober ausgezahlt worden. Ferner hat aus dem gleichen Anlaß Herr Max Charlier ein Kapital von 150 000 M. für eine Volksbibliothek gestiftet, die in Verbindung mit zwei Lesehallen für Erwachsene und Kinder von der Stadt in einem besonderen Gebäude in der Ferdinandstraße errichtet und in ähnlicher Weise veraltet werden soll wie die übrigen Lesehallen der Stadt Köln. — Kommerzienrat Paul Charlier sowie mehrere Werksangehörige wurden mit Ordensauszeichnungen aus genanntem Anlaß bedacht.

### Adressenveränderungen.

Gerd. R. Hoberich Schölkowski, Sandstraße 15.  
Lektathe. V. Heinrich Schmitz, Klusenstraße 8.  
Offenbach a. M. V. B. Eduard Müller Feldstraße 65.

### Staatl. unterstützte städtische Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.



**Tageskursus für Schreiner.**  
Beginn: 2. Oktober 1911. **Ende:** 30. März 1912.  
Der Unterricht umfasst wöchentlich 44 Stunden; hiervon 24 Stunden Zeichen. In jedem Monat neue Unterrichtsfächer (Bauführung, Schnittbau, gewerbliche Geometrie, Zeichen, Planimetrie, Architektonik u. a. m.). Der Eintritt in den Kursus kann jederzeit erfolgen. Jedem Teilnehmer ist freigestellt zu bestimmen an welcher Unterrichtsrichtung er sich beteiligen will. — **Schulgebühren:** 10 — 20 M. pro Monat; für den ganzen Kursus 40 — 80 M. — **Aufnahmebedingungen:** mindestens zweijährige Praxis und Vollendung des 17. Lebensjahres. — Im Herbst an den Kursus kann der Unterricht abgelehnt werden. Das Unterrichtsgeld kann in der Schule eingezahlt werden; die Schulgebühren sind Schulgeld. — **Anmeldungen und Anfragen an die Direktion der Fachschule Düsseldorf, Charlottenstraße 87.**

### Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullen u. Sämlingen.

Außerbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. **Zahlreiche Anerkennungschriften.**  
**Eustach. Bille**  
Marquetier,  
Heidelberg, Theaterstraße 7.

### Zwei Tischler-Gesellen

für bessere Möbel, sucht für dauernde Beschäftigung sofort  
**A. Koppe, Carl Erdbein, Nachfolger,**  
Langensalza (Thüringen).

### Tüchtige Bau- und Möbel-Tischler

auf tüchtige Arbeit, bei gutem Lohn  
**Mildeshausen (Ostbg.)**  
gesucht.  
In **Delmenhorst** finden  
**Stellmacher und Karosseriebauer**  
Stellung.  
Nähere Auskunft erteilt die Ortsverwaltung  
Delmenhorst bei **H. G. H. D.**  
**W. Piel,** **Tulpenstr. 2**